

## Niederschrift

über die 16. Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am Donnerstag, den 10.04.2014, um 18:00 Uhr im Sitzungssaal des Hauses Burgstr. 8.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Thomas Lorenz

Ausschussmitglieder

|                     |                                   |
|---------------------|-----------------------------------|
| Armin Barg          | als Vertreter für Frau Danowski   |
| Ingrid Bartholomäus |                                   |
| Rolf Ebbinghaus     | als Vertreter für Frau Strukmeier |
| Jutta Eifer         |                                   |
| Renate Greif        |                                   |
| Bernd-Eric Hoffmann | als Vertreter für Herrn Haselhoff |
| Erni Huckenbeck     |                                   |
| Annette Pizzato     |                                   |
| Björn Rimroth       |                                   |
| Annette Verhees     |                                   |
| Gudrun Weber        |                                   |
| Harald Weiss        |                                   |

Beratende Mitglieder

Udo Schäfer  
Eberhard Wolff

von der Verwaltung

Ute Butz  
Dr. Josef Korsten

bis 19.10 Uhr

Schriftführerin

Sabine Erxleben

Gäste

Regina Meyerhoff  
Dietmar Paulig  
Sylvia Wimmershoff

es fehlten:

Ausschussmitglieder

Sabine Danowski  
Klaus Haselhoff  
Michaela Strukmeier

Beratende Mitglieder

Kaya Anil  
Inge Zieschang

**Tagesordnung:****(Öffentlicher Teil)**

1. Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 12.03.2014 (öffentlicher Teil)
2. Sachstand zur Geschwister-Scholl-Hauptschule, Antrag der FDP-Fraktion vom 30.03.2014 IV/0462/2014
3. Sachstand zur Problematik der Förderschulen, Antrag der FDP-Fraktion vom 30.03.2014 IV/0463/2014
4. Sachstand zum Berufskolleg Bergisch Land IV/0464/2014
5. Mitteilungen und Fragen

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die zahlreichen Zuhörer (Kinder, Eltern und Lehrer der Geschwister-Scholl-Hauptschule). Er stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu diesem Zeitpunkt erfolgen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung.

### **(Öffentlicher Teil)**

#### **1. Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 12.03.2014 (öffentlicher Teil)**

---

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 12.03.2014 einstimmig.

#### **2. Sachstand zur Geschwister-Scholl-Hauptschule, Antrag IV/0462/2014 der FDP-Fraktion vom 30.03.2014**

---

Zur Einleitung erklärt der Ausschussvorsitzende, dass alle Beteiligten das Wohl der Kinder im Blick haben. Gemeinsam muss an einer Lösung für die Zukunft gearbeitet werden. Schuldzuweisungen für das Scheitern der Sekundar- und Hauptschule sind nicht angebracht. Frau Pizzato erläutert den Antrag der FDP-Fraktion vom 30.03.2014 dahingehend, dass die FDP wissen möchte, was aus den 11 Kindern, die sich auf der Hauptschule angemeldet hatten, wird und wie die Zukunft der Hauptschule aussehen kann.

Herr Dr. Korsten verweist auf das Schreiben der Geschwister-Scholl-Hauptschule an die Radevormwalder Politik vom 04.04.2014. Radevormwald muss sich nun, nach dem Scheitern der Sekundarschule, der Situation stellen, dass die Hauptschule aufgrund der unzureichenden Anmeldungen auslaufen wird. Im Fokus stehen nun die 11 Kinder, die sich angemeldet hatten, aber auch die Kinder, die bereits auf der Hauptschule lernen und ein Recht darauf haben, die Schule ordnungsgemäß zu beenden. Bei der Lösungsfindung steht daher auch das Ziel im Vordergrund, auf ausreichend Lehrpersonal für den Unterricht zurückgreifen zu können. Ziel von Verwaltung und Schulleitung ist es, das kommende Schuljahr zu nutzen, um adäquate Lösungen zu finden. Dies könnte eine Kooperation mit einer anderen Hauptschule, z.B. Hückeswagen oder Remscheid-Lennep, sein. Die Hauptschule in Hückeswagen hat jedoch das Problem, dass für das kommende Schuljahr recht knapp ein 5. Schuljahr gebildet werden kann, was dauerhaft nicht gestattet ist. Remscheid-Lennep liegt in einem anderen Regierungsbezirk, so dass hier zusätzliche administrative Probleme aufkommen können – daran soll es jedoch nicht scheitern. Aber auch eine Kooperation mit der Realschule wäre denkbar.

Herr Dr. Korsten berichtet, dass er sich bereits letzte Woche mit dem neuen Bürgermeister der Stadt Hückeswagen, Herrn Persian, zu einem ersten Gespräch über die Zukunft der Schullandschaft und Schulstruktur getroffen hat. Hier wurde deutlich, dass gemeinsame Lösungen denkbar sind, da in Zukunft jede kleinere Kommune über die Stadtgrenzen hinaus denken muss. Hier ist interkommunale Zusammenarbeit erforderlich. Aber Lösungen zu finden, mit der alle Kommunen einverstanden sind, wird nicht einfach werden.

In der nächsten Woche wird ein weiteres Gespräch mit Herrn Persian und Herrn von Rekowski stattfinden.

Ziel der Verwaltung und der jetzigen Schulleitung ist es, im Schuljahr 2014/2015 eine Lösung für das Schuljahr 2015/2016 zu finden.

Der Ausschussvorsitzende bemerkt, dass neben den 11 angemeldeten Kindern und den jetzigen Hauptschülern auch das Auslaufen der Hauptschule geregelt werden muss.

Herr Dr. Korsten ergänzt, dass zusätzlich die ab Sommer fehlende Schulleitung ein Problem darstellt.

Herr Hoffmann steht Kooperationen mit anderen Schulen offen gegenüber, bittet jedoch zu bedenken, dass die Gesamtsituation der Radevormwalder Schullandschaft zu betrachten ist. Es ist zu überlegen, welche Schulform in Radevormwald gewünscht wird und ob ggf. auch wieder über eine Gesamtschule nachgedacht werden muss. Er bittet die Verwaltung darum, Herrn Krämer-Mandéau zu der nächsten Sitzung einzuladen, damit dieser noch einmal die Zahlen des Schulentwicklungsplanes und die sich daraus ergebenden anderen Lösungswege erläutert.

Herr Ebbinghaus bittet darum, dass der Ausschuss mit der aktuellen Besetzung noch einmal nach der Wahl tagt, und zwar vor der konstituierenden Sitzung des Rates. Er schlägt einen Termin im Juni vor.

Herr Dr. Korsten erklärt, dass dies nicht möglich sei, da der Ausschuss mit seiner jetzigen Besetzung nur bis zum 31.05.2014 besteht.

Herr Ebbinghaus plädiert dafür, dass Kooperationen mit anderen Schülern nur eine Übergangslösung sein können, denn Radevormwald muss für alle SchülerInnen eine passende Schule vorhalten. Er betont, dass die AL-Fraktion bereits vor zwei Jahren die Gesamtschule einer Sekundarschule vorgezogen hat. Er bittet alle Fraktionen darum, darüber nachzudenken, ob eine Gesamtschule nicht doch eine Alternative ist, zumal eine solche in unmittelbarer Umgebung noch nicht besteht. Da die Schülerzahlen immer weiter sinken werden, wird es auch immer schwieriger eine passende Schulform zu finden. Es muss aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt werden und die Eltern müssen in den Prozess mit eingebunden werden.

Der Ausschussvorsitzende erwidert an dieser Stelle, dass die Eltern sehr wohl in das Thema Sekundarschule eingebunden waren.

Herr Barg stellt klar, dass die Stadt eine junge Stadtentwicklung betreibt und sich das Ansiedeln von Familien wünscht. Daher kann eine Kooperation nur eine Übergangslösung sein, dauerhaft muss eine Schule für alle Kinder geschaffen werden.

Frau Greif erinnert daran, dass heute eigentlich keine Grundsatzdiskussion geplant war, sondern die 11 an der Hauptschule angemeldeten Kinder im Vordergrund stehen.

Frau Butz erklärt, dass die Schulleitung mit den Eltern dieser 11 Kinder gesprochen und ihnen alternative Anmeldeöglichkeiten (Hauptschulen Halver, Hückeswagen, Remscheid-Lennep) aufgezeigt hatte. Eins der Kinder wurde in Halver angemeldet. Dort besteht das Problem, dass Halver noch nicht weiß, ob eine Hauptschulklasse zustande kommt, und ob sich die dortige Hauptschule dauerhaft halten kann. Vier der Kinder wurden auf der Realschule angemeldet. Wo die anderen sechs Kinder angemeldet wurden, ist heute noch nicht bekannt.

Herr Wolff führt hierzu an, dass diese sechs Kinder auf der Schule in Remscheid-Lennep (Hackenberg), an der er unterrichtet, angemeldet wurden.

Frau Huckenbeck wendet ein, dass es heute nicht nur um die 11 angemeldeten Kinder, sondern um alle SchülerInnen der Hauptschule geht. Auch muss die Problematik der ab Sommer fehlenden Schulleitung berücksichtigt werden.

Herr Paulig trägt vor, dass Herr Dr. Korsten die Problematik so dargestellt hat, wie er sie auch sieht. Er gibt jedoch zu Bedenken, dass die Eltern, die hier leben, eine Antwort wollen, da Ängste bei Schülern und Eltern entstanden sind. Er weiß, dass heute keine Lösung präsentiert werden kann, da eine vernünftige Lösung Zeit braucht. Hinsichtlich des künftigen Prozesses bittet er um Transparenz für alle Beteiligten, auch Schüler und Eltern. Ein Zeitplan, wie es im Prozess um die Schullandschaft weitergeht, sollte bis zum Sommer erstellt sein und ebenfalls in die Öffentlichkeit getragen werden. Er macht deutlich, dass der Brief der Hauptschule an die Politik mit dem Bürgermeister abgesprochen war und ergebnisoffen sein soll. Auch Herr Paulig führt an, dass Schuldzuweisungen nichts nutzen. Es muss nun mit der Bezirksregierung gesprochen werden, wie mit dem zukünftigen Lehrermangel umgegangen werden kann. Auch sollte das Gespräch mit der Realschule gesucht werden. Auf Nachfrage teilt er mit, dass er nicht weiß, warum sich nicht die 30 SchülerInnen, die sich mit Hauptschulempfehlung auf der Sekundarschule angemeldet hatten, auf der Hauptschule angemeldet haben.

Frau Meyerhoff führt aus, dass die Eltern, die ihre Kinder mit Hauptschulempfehlung auf der Realschule anmelden wollten, zuerst zur Beratung zur Hauptschule gebeten wurden. Danach kamen diese jedoch wieder zurück und meldeten ihre Kinder an der Realschule an. Die Realschule ist sich der Verantwortung bewusst. Frau Meyerhoff bittet darum, in den Lösungsprozess eingebunden zu werden. Sie gibt an, dass die Realschule gerne helfen wird, jedoch ist und bleibt es eine Realschule. Sie befürwortet, dass kurzfristig eine Kooperation gesucht werden soll.

Herr Rimroth bedankt sich bei den anwesenden Eltern, Kindern und Lehrern der Hauptschule dafür, dass sie für die ihre Hauptschule kämpfen. Er schildert, dass dieser Ausschuss und die Kommunalpolitik zwei Jahre gekämpft haben, um allen Kindern eine Beschulung vor Ort zu ermöglichen. Er hält die heute genannten Lösungsmöglichkeiten für richtungsweisend, gibt jedoch auch zu Bedenken, dass eine mögliche Gesamtschule das Aus des Theodor-Heuss-Gymnasiums bedeutet. Daher müssen bei allen Überlegungen auch die Eltern dieser Schule einbezogen werden.

Frau Pizzato macht deutlich, dass in der nächsten Legislaturperiode alle Eltern sofort mit ins Boot geholt werden müssen, da der Elternwille das Wichtigste ist. Sie fragt nach, ob es seitens der Bezirksregierung Mittel für Fördermöglichkeiten der potenziellen Hauptschulkinder an der Realschule gibt, und ob seitens der Verwaltung ggf. Mittel für Fördermöglichkeiten bereitgestellt werden können.

Herr Dr. Korsten bemerkt, dass man bei der Bezirksregierung nach Mitteln zur Förderung nachfragen kann. Hinsichtlich städtischer Mittel verweist er auf die Haushaltslage.

Herr Ebbinghaus macht deutlich, dass das Auspendeln von Schülern auch Auswirkungen auf andere Bereiche der Stadt hat. Die Schule ist mehr als ein Lernort, sie ist auch der Ort der sozialen Beziehungen. Wenn Schüler freiwillig in andere Städte fahren, ist dies ein großer Unterschied zu einem zwangsweisen Auspendeln. Auch mögliche Kooperationen mit anderen Schulen könnten ein zwangsweises Auspendeln bedeuten.

Herr Wolff bringt vor, dass sich in den letzten zwei Jahren wieder einmal gezeigt hat, dass sich die Landesregierung bei der Schulpolitik gegen den Elternwille entschieden hat.

Herr Hoffmann stellt klar, dass durch Auspendeln die Kinder ggf. auch ihre sozialen Kontakte auswärts suchen, z.B. in Vereinen, freiwillige Feuerwehr, Ausbildung usw.. Er bittet erneut darum, Herrn Krämer-Mandau zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen.

Frau Meyerhoff betont, dass sie es sehr bedauert, dass keine Hauptschulklasse zustande gekommen ist. Auch sie ist der Meinung, dass ein Auspendeln verhindert werden müsse. Sie gibt an, bereits mit der Bezirksregierung im Gespräch hinsichtlich Fördermöglichkeiten und Lehrpersonal zu stehen. Sie bittet die Verwaltung hierbei um Unterstützung – auch in Bezug auf mehr Schulsozialarbeit.

Der Ausschussvorsitzende fasst zum Ende der Diskussion zusammen, dass die Kinder, die sich auf der Hauptschule angemeldet hatten, andere Schulen gefunden haben, und dass es die wesentliche Aufgabe des nächsten Ausschusses für Schule und Kultur wird, die Schul-landschaft in Radevormwald auf den richtigen Weg zu bringen.

---

**3. Sachstand zur Problematik der Förderschulen, Antrag IV/0463/2014  
der FDP-Fraktion vom 30.03.2014**

---

Frau Pizzato begründet den Antrag der FDP-Fraktion vom 30.03.2014 dahingehend, dass die FDP-Fraktion den aktuellen Sachstand zu der Problematik der Förderschulen wissen möchte. Dies auch deshalb, weil den öffentlichen Medien in den letzten Wochen einiges zu einer Einigung des Landes mit den kommunalen Spitzenverbänden zu entnehmen war.

Herr Dr. Korsten erläutert, dass sich das, was den öffentlichen Medien zu entnehmen war, auf das Thema Inklusion bezieht und nicht auf die Problematik der erforderlichen Größen der Förderschulen. Er teilt weiter mit, dass sich seit der letzten Ausschusssitzung im März nichts Neues ergeben hat. Dr. Korsten schildert noch einmal, dass man sich im Oberbergischen auf zwei Ebenen mit der Problematik befasst. Zum einen gibt es den kreisweiten Arbeitskreis, in den auch Herr Krämer-Mandau involviert ist. Dieser Arbeitskreis trifft sich das nächste Mal am 30.06.2014. Zu diesem Treffen sind auch Vertreter der Bezirksregierung eingeladen. Zum anderen gibt es einen kleineren Arbeitskreis, den des Nordkreises. Hier sind die Kommunen Wipperfürth, Hückeswagen und Radevormwald beteiligt. Lindlar hat sich der Kreismitte zugewandt. In der nächsten Woche wird es ein Treffen dieser kleineren Ebene geben, um zu erörtern, wie es mit der gesamten Schullandschaft – inklusive der Förderschulen – weitergehen kann. Eine Einigung wird vermutlich nicht einfach werden, da natürlich jede Kommune das Beste für sich selber möchte und die eigenen Schulen erhalten will. Aber auch die Möglichkeit eines Zweckverbandes als Schulträger im Nordkreis soll in die Diskussionen einfließen.

Frau Bartholomäus fragt an, ob es nicht auch bei den Förderschulen möglich wäre, ggf. an Lösungen mit Remscheid zu denken, weil dort ggf. zu viele FörderschülerInnen vorhanden wären.

Herr Dr. Korsten erläutert, dass ihm nicht bekannt ist, welche und wie viele Förderschulen es in Remscheid gibt. Es sei aber zu beachten, dass für die Radevormwalder FörderschülerInnen eine Fahrt bis nach Remscheid-Innenstadt kaum zumutbar sei. Leider habe die Landespolitik mit der Entscheidung über die Größen von Förderschulen an den Wünschen vieler Eltern vorbei entschieden. Denn die Förderschulen seien durchaus akzeptiert. Leider reichen nun aber die Schülerzahlen nicht mehr zum Erhalt aller Förderschulen aus. Da alle Kommunen ihre eigene Förderschule für sehr gut halten, wird eine Kompromissfindung nicht leicht werden.

Herr Wolff führt zu dem Gedanken von Frau Bartholomäus an, dass die Pestalozzi-Förderschule in Remscheid-Lennep bereits ausläuft.

Frau Pizzato stellt heraus, dass bei allen Überlegungen zu berücksichtigen ist, dass die Radevormwalder Schulen alle in einem sehr guten Zustand sind.

---

**4. Sachstand zum Berufskolleg Bergisch Land****IV/0464/2014**

Frau Wimmershoff teilt mit, dass sich seit der letzten Ausschusssitzung im März keine Neuigkeiten ergeben haben, und der Kreistag in seiner Sitzung am 03.04.2014 einstimmig dem Beschlussvorschlag zu den Berufskollegs gefolgt ist. Der entsprechende Tagesordnungspunkt mit dem Beschlussvorschlag war der Einladung zu dieser Sitzung beigefügt.

Der Ausschussvorsitzende wünscht keine weiteren Informationen zum Schülerspezialverkehr zum Berufskolleg Bergisch Land.

Der Ausschuss ist sich einig, der Sitzung einen nicht öffentlichen Teil mit Mitteilungen und Fragen hinzuzufügen.

---

**5. Mitteilungen und Fragen**

Es erfolgen keine Mitteilungen und Fragen.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich bei den Mitgliedern des Ausschusses und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit in dieser Legislaturperiode.

Ende des öffentlichen Teils: 19.30 Uhr